

Votum gegen Atomstrom

Umweltpolitische Gründe führten zu Ja zum Energiegesetz

Bern. Das Energiegesetz ist vor allem aus umweltpolitischen Gründen und wegen des breiten Willens zum Atomausstieg angenommen worden. Das hat die VOTO-Studie zur Abstimmung vom 21. Mai ergeben. Die SVP-Anhänger, die am stärksten zum Nein neigten, glänzten durch Abwesenheit.

Die Befürworter des Energiegesetzes, das mit 58,2 Prozent angenommen wurde, hiessen das Projekt mehrheitlich gut, weil sie sich für den damit verbundenen Atomausstieg aussprachen. Für 38 Prozent war die Ablehnung des Atomstroms das wichtigste Motiv, wie aus der gestern publizierten VOTO-Studie der Forschungsstellen FORS und ZDA sowie des Befragungsinstituts LINK hervorgeht.

Laut den Forschern zeigten sich die Stimmberechtigten diesmal überzeugt vom Zeitplan für den Atomausstieg. Das steht im Gegensatz zum rascheren Ausstieg, den die Grünen mit ihrer Atomausstiegsinitiative anpeilten. Eine Mehrheit hatte 2016 abgelehnt.

Ebenfalls sehr wichtig waren für die Befürworter umweltpolitische Gründe, wie die Förderung erneuerbarer Energien oder der Klimaschutz. 34 Prozent machten solche Motive als wichtigste Entscheidungsgründe geltend.

Gegner fürchten Kosten

Bei den Gegnern standen die Kosten der Energiewende – das Hauptargument des Nein-Lagers – und die Sorge um die Versorgungssicherheit im Vordergrund: 27 Prozent entschieden sich vor allem für ein Nein, weil sie die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen fürchteten. Weitere 22 Prozent sahen die Versorgungssicherheit als Hauptproblem, etwa weil sie an alternativen Energien zweifeln.

Eine klare Sache war das Energiegesetz im links-grünen Lager: Anhänger von Grünen, SP und Grünliberalen sagten fast geschlossen Ja. Die Anhängerschaft der FDP war fast hälftig gespalten. Die CVP stimmte mit einer knappen Zweidrittelmehrheit mit ihrer Umweltministerin Doris Leuthard.

Auf der anderen Seite lehnten Sympathisanten der SVP, die das Referendum ergriffen hatte, das Gesetz mit 84 Prozent Nein deutlich ab. Von allen Parteien wies die SVP aber die geringste Stimmbeteiligung (38 Prozent) auf.

Betrachtet man den Stimmenscheid nach Alter, fällt auf, dass das Energiegesetz bei den Jüngeren den grössten Rückhalt genoss. Der Ja-Anteil sank mit steigendem Alter. Für die 18- bis 29-Jährigen ermittelten die Forscher einen Ja-Anteil von 78 Prozent. Die über 70-Jährigen lehnten die Vorlage dagegen ab (53 Prozent Nein). SDA

Nachrichten

Schweizer Spitäler zahlen Spitzenpreise

Bern. Schweizer Spitäler zahlen für Implantate und andere Produkte die höchsten Preise in Europa. Der Preisüberwacher geht darum von einem grossen Sparpotenzial aus und empfiehlt unter anderem, auf Parallelimporte auszuweichen. Aufgrund von Hinweisen von Spitalern hat die Preisüberwachung die Preise für eine Reihe von Medizinprodukten in der Schweiz und in neun anderen Ländern verglichen. Die Geräte sind in der Schweiz 14 bis 37 Prozent teurer. SDA

Beschwerde von ETA-Aktivistin abgewiesen

Bellinzona. Das Bundesstrafgericht hat die Beschwerde der ETA-Aktivistin Nekane Txapartegi gegen ihre Auslieferung nach Spanien abgewiesen. Sie soll dort eine Freiheitsstrafe von über drei Jahren verbüssen. Als letzte Beschwerdeinstanz steht ihr noch das Bundesgericht offen. Txapartegi wurde 2009 wegen Unterstützung der Untergrundorganisation ETA verurteilt. Der UNO-Sonderberichterstatter für Folter forderte im April, die Frau nicht auszuliefern. Sie soll in Spanien schwer gefoltert worden sein. SDA

Lex-Koller-Badran: Die urbane Schweiz macht die Alpenbewohner endgültig zu Untertanen

Skandalöse Repression

Von Klaus J. Stöhlker, Zollikon

Während in allen Landesteilen der Schweiz seit Jahren wie verrückt gebaut wird, leiden die Bergkantone unter der Lex Koller, die von SP-Nationalrätin Jacqueline Badran auch noch verlängert wurde. Jetzt hat das Bundesgericht sogar entschieden, dass Ausländer, die in den Bergkantonen ihre Immobilie an andere Ausländer verkaufen wollen, dies auch nicht mehr dürfen. Das bedeutet mehrheitlich, dass sie billiger an Schweizer verkaufen müssen, die damit zu Objekten in den Bergen kommen, die sie sich sonst nicht leisten können.

Diese Repression der reichen Deutschschweizer gegen die arme Bergbevölkerung ist skandalös. Während nördlich des Gotthard und in der Westschweiz zwischen Lausanne und Genf seit Jahren um die Wette gebaut wird, dürfen die Bewohner der Schweizer Berge kaum noch bauen. Mit einem knappen Abstimmungsmehr von 26 000 Stimmen wurden im Jahr 2012 die Weichen falsch gestellt. Es liegt der Verdacht nahe, als wolle man einen angesehenen Teil des Schweizer Volkes aushungern.

Das «blaue» Gold

Es ist die urbane Bevölkerung der Schweiz, Banken- und Versicherungsangestellte, Angehörige der kreativen Berufe, Spital- und Hochschulmitarbeiter, Psychiater, Psychologen und Angestellte der staatlichen Verwaltungen, die aus den grossen Schweizer Städten heraus die Landschaft vor einer nach ihrer Auffassung wilden und unkontrollierten Überbauung schützen wollen. Was den Zürchern, Baslern und Genfern, aber auch den Bewohnern vieler kleiner Gemeinden, in Form von Verdichtung und Stress im Verkehr angetan wird, hat eine Bewegung ausgelöst, die derlei in den Schweizer Bergkantonen verhindern soll.

Die neue goldene Regel lautet: Mein Leben in den Städten und deren Agglomerationen ist ohnehin kaum erträglich, deshalb will ich Graubünden, Glarus, das Berner Oberland und den Kanton Wallis von solchen Fehlentwicklungen frei halten. Dieser repressive Ansatz einer Mehrheit von Kantonen und reichen Städten hat zur Folge, dass die Bevölkerung der Bergkantone jetzt und in Zukunft noch schneller schrumpfen wird, als dies heute schon der Fall ist. Nur noch in den städtischen Zentren wie Sion-Sierre, Visp und Brig, Altdorf und Glarus-Nord sowie dem Bündner Rheintal rund um Chur wird die Bergbevölkerung ein viel-



Schauder und Freude. Städter wollen die Berge vor einer – ihrer Meinung nach – unkontrollierten Überbauung schützen.

fältiges Auskommen finden. Diese regionale Vielfalt kann sich aber nicht messen mit derjenigen in den rot-grün regierten Städten des Landes.

Jean-Michel Cina, lange Zeit Walliser Regierungsrat und Wirtschaftsminister, hat es gesagt: «Gefördert werden im Wallis in Zukunft nur noch die grossen Stationen. Das sind Verbier und Zermatt, Crans Montana, Saas Fee und Leukerbad.» Diese strategische Schwäche der kantonalen Regierungen ist weit verbreitet. Auch in Graubünden und im Berner Oberland halten sich nur die grössten Stationen leidlich über Wasser; die Aussichten für mittlere und kleine Stationen werden laufend schlechter.

Den Bergkantonen fällt es schwer, ihre Anliegen in Bern durchzusetzen. Sie fallen im Baubereich zurück, haben kaum eigene innovative Firmen von nationaler Bedeutung und sehen sich jetzt auch der Forderung gegenüber, auf das «blaue Gold», den Wasserzins, teilweise verzichten zu müssen, um die Energiefirmen in der Deutschen Schweiz nicht über das Mögliche hinaus zu belasten.

Nicht zuletzt liegt dem eine personelle Schwäche zugrunde, die gerne als föderale Vielfalt interpretiert wird, aber in Wirklichkeit einen Mangel an hoch talentierten Persönlichkeiten bedeutet. Seit Generationen gilt: Wer es zu etwas bringen will, muss sein Tal oder seinen Berg verlassen. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Die beiden letzten Politiker aus den Bergen von nationaler Bedeutung waren der SP-Präsident Peter Bodenmann aus Brig und der Urner Franz Steinegger als Präsident der FDP Schweiz. Beide fanden keine kongenialen Nachfolger mehr. Ein Sonderfall war Adolf («Dölf») Ogi, ohne den es keinen Lötschberg-Basistunnel gegeben hätte, der aber auch die Schweizer Armee in den Dunstkreis der Nato einbrachte.

Der Untergang

Wo früher Viehzüchter und Wanderer die Bergwelt eroberten, werden heute Wolf, Bär und Adler («Kinderdieb») angesiedelt. Die Unterländer («Jö») haben ihren Schauer und ihre Freude daran.

Der im Gang befindliche, bewusst herbeigeführte Untergang einer lebendigen Kultur der Alpenbevölkerung hat einerseits eine museale und andererseits eine offensiv touristische Anpassung zur Folge. Ein gutes Beispiel dafür ist die Gemeinde Zermatt, heute die global wichtigste Attraktion im Alpengebiet. Die Flanken des Matterhorns («Horn») und seiner benachbarten Berge sind übersät von Beizen, die nur deshalb noch als authentisch gelten, weil in Verbier und Davos der Verfallsprozess schon weiter vorgeschritten ist. Im Schloss von Leuk über der Rhône-Ebene, vor Napoléon I. die Herrschaft der Oberwalliser über die Unterwalliser

symbolisierend, werden heute Operetten aufgeführt.

Die Schweizer Bergbevölkerung, ohne Medien von nationaler Bedeutung, um damit ausserhalb ihrer Kantone Einfluss zu nehmen, ist auf den guten Willen vor allem der Deutschschweizer angewiesen. Diese bestimmen als Politiker, Touristen und Investoren, was in der heilen Welt der Alpen als richtig zu gelten hat. In den Gassen der Dörfer leben noch die alten Geister, aber ihr Einfluss wird mit der jetzigen Generation endgültig verschwinden.

Kurt Gloor, der legendäre Schweizer Filmer aus der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, hat in seinen Filmen und Schriften die «Landschaftsgärtner», wie sie heute von der Berner Landwirtschaftspolitik gefordert und gefördert werden, lange im Voraus kommen sehen. Weil man derlei Visionäre nicht fördern wollte, beging er vorzeitig Selbstmord.

Die Urbanen der Deutschschweiz haben sich die Alpen samt Bewohnern untertan gemacht. Mit dem Samthandschuh des Nationalen Finanzausgleichs und anderen Hilfszahlungen des Bundes wie der Nationalbank werden die Regierungen der Alpenkantone zu Verbündeten der Üsserschwizer gemacht, ihre eigenen Bürger langsam domestizierend. Auch die Sozialdemokraten, wie das Beispiel von Jacqueline Badran zeigt, machen darin keinen Unterschied. Klaus J. Stöhlker ist Unternehmensberater für Öffentlichkeitsbildung

Holte der Bund IS-Terroristen ins Land?

Die Polizei ermittelte gegen zwei Syrer, die mit humanitären Visa einreisten

Von Andrea Sommer, Bern

Seit den Anschlägen in Frankreich und Deutschland ist klar, dass der IS den Flüchtlingsstrom nutzt, um Terroristen nach Europa zu schleusen. Offenbar sind auch mutmassliche IS-Mitglieder aus Syrien in die Schweiz eingereist. Wie die Sendung «10 vor 10» unlängst berichtete, gaben sich die drei als Flüchtlinge aus.

Die Polizei habe 2016 gegen die Verdächtigen ermittelt. Der Beitrag beruft sich auf den jüngsten Terrorismusbericht der europäischen Polizeikoordination Europol. Darin steht: «Ein Fall in der Schweiz betraf drei Verdächtige, die sich als syrische Flüchtlinge und Asylsuchende ausgaben. Zwei von ihnen waren mit humanitären Visa eingereist, sie waren Gegenstand von Ermittlungen als dieser Bericht verfasst wurde.»

«Grenzkontrollen sind wichtig»

Wie die für die Ermittlungen zuständige Bundesanwaltschaft (BA) auf Anfrage mitteilt, sind derzeit «im Bereich des djihadistisch motivierten Terrorismus» rund 60 Strafverfahren hängig. In keinem der Fälle handle es sich um Personen, die mit einem humanitären Visum eingereist seien. Im von

«10 vor 10» zitierten Fall ist laut der BA nur ein Strafverfahren hängig – gegen die dritte, ohne humanitäres Visum eingereiste Person. Die konkreten Gründe, weshalb gegen die beiden anderen nicht ermittelt wird, lässt die BA offen. Laut «10 vor 10» deutet «viele darauf hin, dass 2016 gegen alle drei ermittelt wurde, aber nur in einem Fall genügend Beweise gefunden worden waren».

«Als Flüchtlinge getarnte Terroristen sind ein Problem für ganz Europa»

Unbeantwortet lässt die BA auch Fragen dazu, ob für die Verdächtigen U-Haft angeordnet wurde und wo sie sich heute aufhalten.

Laut deutschen Islamwissenschaftler und Terrorismusexperten Guido Steinberg entsendet der IS seit 2014 Rekruten aus Syrien und dem Irak nach Europa, wo sie Strukturen aufbauen und Anschläge verüben sollen. Dabei handle es sich nicht nur um Djihad-Rückkehrer, sondern auch um falsche Flüchtlinge. «Als Flüchtlinge getarnte Terroristen sind ein Problem für ganz

Europa», sagt der Experte und nennt Grenzkontrollen als wichtigste Massnahme im Kampf gegen Terroristen im Flüchtlingsstrom.

Einreise auf private Bitte

Die Kontrollen seien zwar beim Flüchtlingsansturm 2015 vollkommen zusammengebrochen, hätten jedoch bereits davor nicht funktioniert. Steinberg betont, dass die EU ihre Aussen-grenze so gut kontrollieren müsste, wie dies die einzelnen Staaten vor Einführung des Schengenabkommens getan hätten. «Davon sind wir sehr weit entfernt.»

Neben Grenzkontrollen sind laut dem Experten auch Abklärungen vor Ort über die Asylsuchenden nötig. Diese, so heisst es im Fernseh-Beitrag, hätten die Bundesbehörden nun verstärkt. Grund dafür seien wohl die drei IS-Verdachtsfälle gewesen.

Dass die Schweizer Behörden genauer hinschauen, ist nicht neu. Bereits letzten Juli berichtete die NZZ am Sonntag, dass der Bund die Identität von Syrern und Irakern genauer abkläre, die ein humanitäres Visum beantragten. Der Praxisänderung war eine Sistierung der Visa-Vergabe vorausgegangen. Grund dafür war laut dem Staats-

sekretariat für Migration (SEM), die Bitte einer «privaten medizinischen Fachperson», schwer verletzte Personen «aus zwingenden medizinischen Gründen» in die Schweiz einreisen zu lassen. In der Folge stellte das SEM zwei syrischen Staatsangehörigen ein humanitäres Visum aus.

Zwar werden solche Personen vor der Einreise vom Nachrichtendienst durchleuchtet. Es habe sich aber gezeigt, dass bei möglicherweise im Krieg Verwundeten aus Sicherheitsgründen vertiefte Abklärungen nötig sein könnten, so das SEM in einer Stellungnahme. Daher habe man die

Neben Grenzkontrollen sind auch Abklärungen vor Ort über die Asylsuchenden nötig.

Abläufe bei der Erteilung humanitärer Visa überprüft. Dazu, was vertiefte Abklärungen beinhalten, macht das SEM keine Angaben. Auch nicht dazu, ob es sich bei den mutmasslichen IS-Mitgliedern um die zwei Syrer handelt, die es 2016 mit einem humanitären Visum hatte einreisen lassen.